

Raymond Klein

Kosten und Entscheidungen

Preiswahrheit, Kostendeckung, Verusacherprinzip. In Zusammenhang mit der Reform der Wasserwirtschaft klingt das wie Musik in den Ohren vieler Umweltschützer. Kostendeckung lässt sich relativ leicht umsetzen, Preiswahrheit dagegen ist illusorisch. Und das Verusacherprinzip dürfte sehr selektiv angewendet werden.

Um es gleich vorweg zu sagen: Verglichen mit den massiven Indexmanipulationen fällt eine Verdoppelung des Wasserpreises im Namen der Preiswahrheit nicht mehr ins Gewicht. Gewiss, die Vorstellung, nur über den Preis lasse sich eine optimale Nutzung der Ressourcen erreichen, entspringt der liberalen Ideologie. Außerdem sind Abgabenerhöhungen auf Gütern, die im Warenkorb gering verdienender Haushalte einen überdurchschnittlichen Anteil ausmachen, vom Prinzip her unsozial. Doch die derzeit absehbaren Preissteigerungen werden in Luxemburg keine dramatischen sozialen Konsequenzen haben.

Dennoch wäre es sinnvoll, eine soziale Komponente in das Preisberechnungsmodell einzubauen, wie das beispielsweise in Wallonien der Fall ist. Befürworter der Preierhöhungen versuchen häufig, die sozialen Aspekte zu verharmlosen, indem sie den Preis des Leitungswassers mit dem des – in vielen Haushalten vorhandenen – Flaschen- Mineralwassers vergleichen. Der Unterschied fällt beeindruckend aus, wird aber der Realität des Wasserverbrauchs nicht gerecht: Der größte Anteil entfällt auf die Hygienebedürfnisse, und niemand wird auf die Idee kommen, sein Klo mit Rosport Viva zu spülen.

Andererseits wird häufig angeführt, eine Preissteigerung ermutige dazu, den Verbrauch zu senken. Zwar ist es sicherlich richtig, wenn ein umweltfreundlicher Lebensstil auch finanziell honoriert

wird, was bei einer höheren Wassertaxe der Fall wäre. Doch ein regelrechter Lenkungseffekt stellte sich erst ein, wenn die Erhöhungen für Vielverbraucher finanziell schmerzhaft wären, wie dies zum Beispiel bei der Autosteuer der Fall ist. Das ist aber nicht der Fall: Wegen der paar Euro im Jahr wird kaum jemand auf das tägliche Vollbad oder den sonn-täglichen Autoputz verzichten.

Ein regelrechter Lenkungseffekt stellte sich erst ein, wenn die Erhöhungen des Wasserpreises für Vielverbraucher finanziell schmerzhaft wären, wie dies zum Beispiel bei der Autosteuer der Fall ist.

Wie wichtig eine Senkung des Wasserverbrauchs in Luxemburg ist, darüber lässt sich streiten. Angesichts der klimatischen Bedingungen sind die Bedürfnisse des Agrarsektors, die in vielen Ländern zur Überbewirtschaftung der Reserven führen, gering. Einer Analyse des Innenministeriums zufolge wird eine Senkung des Gesamtverbrauchs kaum zu einer Kostensenkung führen, jedenfalls nicht kurzfristig. Weil dann mit weniger verkauften Kubikmetern die gleichen Fixkosten zu bestreiten sind, wird der Preis pro Einheit sogar steigen. Mit anderen Worten: Wenn

Soziale Gestaltung der Kostendeckung in Belgien

Die Société wallone des eaux ist der größte Wasserversorger der Region mit über 700 000 Anschlüssen. Sie führte 2004 einen einheitlichen Wasserpreis auf dem gesamten Territorium ein, und entsprach damit dem von der wallonische Regierung vertretenen Prinzip der Gleichbehandlung aller Bürger. Die an die Verbraucher weitergegebenen Kosten reichen vom Quellschutz bis zur Abwasserbehandlung. Interessant ist, dass für die ersten 30 Kubikmeter jährlich nur ein Festpreis plus der halbe Trinkwassertarif verrechnet werden. Darüber erfüllt die volle Trinkwasser- und Abwassertaxe: 0,625 bzw. 1,80 Euro pro Kubikmeter. Ab 5 000 Fudern ist eine degressive Trinkwassertaxe vorgesehen. Außerdem erhebt die Region einen Solidarzuschlag von 0,0125 Euro pro Kubikmeter, der sozial schwachen VerbraucherInnen zugute kommt. Der mittlere Fuderpreis liegt bei 2,66 Euro – im europäischen Vergleich recht moderat.

(Erstellt auf der Basis von Romain Koters Vortrag beim Seminar *Le coût-vérité de l'eau* vom 14. März. Wir bedanken uns herzlich bei Herrn Koster vom Ingenieurbüro TR Engineering, der uns die Unterlagen des Seminars zur Verfügung stellte.)

alle weniger Wasser verbrauchen, zahlen alle weiterhin gleich viel. Das dürfte die Glaubwürdigkeit der Preiserhöhung als Instrument der Umwelterziehung erschüttern.

Die Herausforderungen an die Luxemburger Wasserwirtschaft sind eher qualitativer als quantitativer Natur. Eine gleichmäßigere Nutzung des Grundwassers und eine Modernisierung des Leitungssystems müssten reichen, um die EinwohnerInnen nachhaltig mit Wassermengen in der Höhe des jetzigen Verbrauchs zu versorgen – was bei steigender Einwohnerzahl eine leichte Senkung des Pro-Kopf-Verbrauchs bedingt. Doch die sich verschlechternde Wasserqualität wird nicht so leicht in

den Griff zu bekommen sein. Was die Nitratbelastung betrifft, so muss die Landwirtschaft überzeugt werden, ihre Dünge- und Gülleentsorgungs-Praxis zu verändern. Andere chemische Belastungen ergeben sich sowohl aus der Landwirtschaft wie aus Industrie- und Haushaltsabwässern. Gerade hier setzen gängige Preismodelle das Verursacherprinzip außer Kraft: In der Regel zahlt man pro Kubikmeter verbrauchten Wassers eine Kanaltaxe, unabhängig davon, ob man mit „Oeko-Kröte“ oder „Meister Javel“ putzt.

Der Versuch, das Wasser zur Ware zu machen, der mit der Forderung nach Preiswahrheit einher geht, scheitert an der Natur des Gemeinschaftsgutes Was-

ser: Ein Großteil der Kosten entfällt auf den Bau und Unterhalt von Quelfassungen, Leitungssystemen und Kläranlagen – unabhängig davon, wie viel verbraucht wird. Auf die Frage, wie viel man von welchen Kosten anteilig auf die einzelnen EndverbraucherInnen umlegt, gibt es keine eindeutige Antwort – also auch keinen „wahren“ Preis.

Der Einsatz verschiedener Umweltorganisationen könnte sich gegen sie kehren, wenn der Eindruck aufkommt, dass unter dem Vorwand der Preiswahrheit nur die öffentlichen Haushalte saniert werden sollen. Sie müssen sich fragen lassen, warum die Bereitstellung von Trinkwasser auf einmal nicht mehr subventioniert werden darf, wo doch für Treibstoffe von Preiswahrheit keine Rede sein kann, angesichts der enormen externen Kosten des motorisierten Verkehrs. Auch dürfte die Politik davor zurückschrecken, der Landwirtschaft die gesamten – geschätzten – Folgekosten der Nitrat- und Pestizidbelastung aufzubürden. Dann aber würde mit zweierlei Maß gemessen: VerbraucherInnen zahlten „wahre“ Kosten, die Wasserpreise für die Landwirtschaft würden aber weiterhin mit öffentlichen Geldern unterstützt oder sogar von den Privathaushalten mitbezahlt.

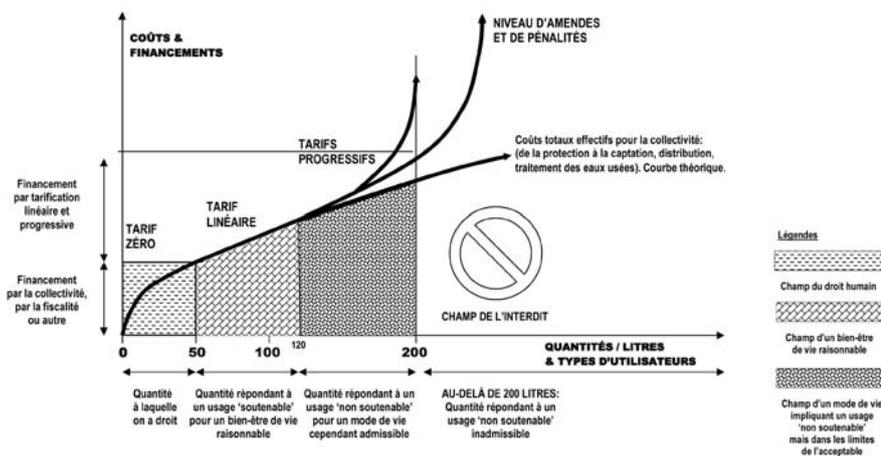
Dass es auch anders geht, zeigt das nebenstehende Preismodell, das vom Alternativen Weltwasserforum ausgearbeitet wurde. Wasser wird grundsätzlich als öffentliches Gut angesehen, das im Rahmen der Daseinsvorsorge unentgeltlich zur Verfügung gestellt wird. Um Verschwendung vorzubeugen, wird der Haushaltsverbrauch ab einem Schwellenwert verrechnet, mit einem erst langsam dann schneller ansteigenden Kubikmeterpreis. Ohne das Wasser als Ware zu behandeln, ließe sich so eine Verhaltensänderung hin zu einem nachhaltigen Lebensstil herbeiführen.

Das Interesse engagierter Politiker an den Preiswahrheits- und Kostendeckungsmodellen beruht allerdings nicht nur auf der Hoffnung, steigende Preise würden den Verbrauch senken. In Gesprächen bekommt man häufig zu hören, längst überfällige Entscheidungen würden endlich durchsetzbar „wenn sie erst merken, was es kostet“. Mit „sie“ mögen weniger weitsichtige Kollegen gemeint sein oder auch schwerfällige Gremien in Syndikaten und Verwaltungen, die auf Trab gebracht werden sollen.

Fame: Verbrauch steuern ohne Kostendeckung

Beim Alternativen Weltwasserforum 2005 in Genf wurde ein Finanzierungsmodell entworfen, das der Natur des Wassers als öffentliches Gut gerecht wird. Die Arbeitsgruppe unter der Leitung von Riccardo Petrella schlug vor, in den „reichen Ländern“ pro Person 50 Liter Wasser pro Tag unentgeltlich zur Verfügung zu stellen. Für den weiteren Verbrauch bis 120 Liter soll ein Teil der realen Kosten verrechnet werden. Darüber ist ein progressiv steigender Wasserpreis vorgesehen. Dass jemand privat über 200 Liter täglich (73 Kubikmeter im Jahr) verbraucht, wird nicht geduldet: Gegen Verschwendung reicht das *qui pollue paye*-Prinzip nicht aus, es gilt *qui pollue, ne peut pas*, also Strafzahlungen.

FORUM ALTERNATIF MONDIAL DE L'EAU - FAME 2005 - DOCUMENT DE TRAVAIL « L'EAU BIEN PUBLIC, FINANCEMENT PUBLIC »
Graphique 1 : Le financement de l'eau pour tous : le cas de l'eau potable / eau domestique pour vivre
 Les chiffres mentionnés, sauf celui de 50 litres par jour par personne, sont des propositions données à titre d'exemple



Source: M. Gandolla, 2004

Für den landwirtschaftlichen und industriellen Verbrauch sowie für die ärmeren Länder hat Fame andere Modelle vorgeschlagen. www.fame2005.org

Es stimmt, in den vergangenen Jahrzehnten wurden notwendige Investitionen hinausgezögert und strukturelle Probleme wie die Nitratbelastung unschlüssig angegangen. Doch es ist eine Illusion zu glauben, Preismechanismen könnten mehr bewirken als kurzfristige Kostenoptimierungen. Für langfristige wirksame Entscheidungen, die externe Faktoren einbeziehen müssen, funktionieren solche Modelle in der Praxis nicht, auch wenn sie sich theoretisch formulieren lassen. Das zeigt zum Beispiel Luxemburgs Klimapolitik der vergangenen Jahre, die trotz Verursacherprinzip und CO₂-Marktmechanismus den – selbstmörderischen – Weg des geringsten Widerstands geht. Im Bereich Wasserwirtschaft mag die Kostendeckung dazu führen, dass ein paar Leitungssysteme abgedichtet werden. Doch für den Wasserhaushalt als Ganzes langfristig wichtige Entscheidungen, beispielsweise über Renaturierungen, bei denen viele verschiedene Interessen aufeinander stoßen, lassen sich nicht an Finanztechniker delegieren. Hier kann nur ein politischer Entscheidungsprozess sinnvolle und für alle akzeptable Lösungen erarbeiten. Wenn das keine gute Nachricht für engagierte Politiker ist: Trotz Preiswahrheit und Verursacherprinzip werden sie noch gebraucht.

